

[Bilder einblenden](#)

NETZEITUNG.DE

URL dieses Artikels: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/810950.html>

Bundestag stimmt für Anti-Terror-Kampf

15. Nov 2007 11:22, ergänzt 15:14

Ein weiteres Jahr hat die Bundeswehr die Option, sich am Kampf gegen die Taliban und andere Terroristen zu beteiligen. Der Bundestag verlängerte das Bundeswehrmandat für die «Operation Enduring Freedom».

Vorangegangen war eine kontroverse Debatte, doch mit den Stimmen der Koalition und der FDP verlängerte der Bundestag dann das Mandat zur Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den internationalen Terrorismus um ein Jahr. 414 Abgeordnete waren dafür - eine deutliche Mehrheit, 145 dagegen. 15 enthielten sich. Linksfraktion und Grüne lehnten die Verlängerung der Bundeswehr-Beteiligung an der «Operation Enduring Freedom» (OEF) dagegen ab.

Die Beteiligung deutscher Soldaten an dem US-geführten Einsatz in Afghanistan war allerdings auch in der SPD-Fraktion lange umstritten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow (SPD), sagte, er zolle den Kollegen Respekt, die sich die Entscheidung über die Verlängerung von OEF nicht leicht gemacht haben. Militäreinsätze seien keine «parlamentarischen Spaziergänge». Er verwies auf die Verbesserungen bei den Einsatzregeln, in denen nun Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und die kulturelle Tradition sowie die Vermeidung von zivilen Opfern gefordert werden.

Betrachtet man nur die Truppenstärke, ist die deutsche Beteiligung an OEF im wesentlichen auf die Seeaufklärung am Horn von Afrika beschränkt. Das Problem ist jedoch, dass OEF sich im Truppenalltag mit der Nato-geführten Isaf-Mission überschneidet, bei der bis zu 3500 Bundeswehrsoldaten in Nordafghanistan den Wiederaufbau und die Demokratisierung des Landes überwachen. So hat die Bundeswehr im Rahmen von Isaf in Südafghanistan mehrere Tornado-Aufklärer im Einsatz, deren Fotos offiziell nur für Isaf zur Verfügung stehen sollen. Doch wie Beteiligte schildern, ist keineswegs garantiert, dass die Bilder nicht auch den US-geführten Anti-Terror-Truppen in Afghanistan für OEF zur Verfügung stehen. Vor einem guten Monat hatte der Bundestag bereits die deutsche Beteiligung an der Afghanistan-Schutztruppe Isaf und den Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen in Südafghanistan verlängert.

Redner von Grünen- und Linksfraktion bezweifelten in der gut einstündigen Debatte, dass das OEF-Mandat überhaupt eine völkerrechtliche Grundlage habe. So fehle sechs Jahre nach Beginn von OEF als Reaktion auf die Anschläge in den USA ein UN-Mandat. Noch immer bestehe der im September 2001 ausgerufene Nato-Bündnisfall, ohne dass dessen Berechtigung jemals geprüft worden wäre. Einzelne Grünen-Abgeordnete sehen die deutsche Zustimmung zu OEF nur noch als pure Bündnissolidarität mit den USA, wo ein Nein politisch schwer zu vermitteln wäre. Zudem besteht die Befürchtung, dass ein Nein den Erwartungsdruck an die Isaf-Truppe erhöhen würde, sich auch im umkämpften Süden Afghanistans zu engagieren. Grünen-Fraktionsvize Jürgen Trittin konstatierte, OEF gefährde den Erfolg der internationalen Schutztruppe Isaf.

Redner der Koalitionsparteien argumentierten, im Kampf gegen den Terror sei langer Atem vonnöten. Das hatte im Gespräch mit der Netzeitung auch Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt (CSU) betont, zugleich aber auch eingestanden, dass sichtbare Erfolge in den nächsten Jahren dringend nötig sind, um den Afghanen den Sinn der ausländischen Truppen im Lande zu verdeutlichen. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Bernd Siebert (CDU) warnte, würde der Bundestag der Wiederaufbaumission Isaf «die robuste Schutz- und Einsatzkomponente von OEF nehmen, würden alle unsere Vorhaben in Afghanistan in kurzer Zeit undurchführbar werden».

SPD-Verteidigungsstaatssekretär Kolbow wies darauf hin, dass rund 80 Prozent der OEF-Kräfte sich heute um die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee kümmern. Nur die Minderheit kämpft demnach wirklich. Unions-Fraktionsvize Andreas Schockenhoff sagte, die Konzentration auf die Ausbildung diene letztlich auch der Exit-Strategie.

Dieses Ausstiegs-Szenario ermöglichte der FDP, zuzustimmen. Seit Jahren verlangen die Liberalen, eigentlich Gegner des Einsatzes, von der Koalition eine Strategie, wie das Land sich selbst verwalten und sichern könne. Auch die SPD hatte sich letztendlich nur auf ein Ja eingelassen, weil die Obergrenze der Truppenstärke herabgesetzt und Einsatzregeln überarbeitet werden sollten.

Für das Web ediert von [Tilman Steffen](#)

MEHR IM INTERNET

Wie welcher Abgeordnete abstimmte

http://www.abgeordnetenwatch.de/verlaengerung_des_anti_terror_einsatzes_oef-636-142.html

MEHR IN DER NETZEITUNG

«Wir brauchen Erfolge in Afghanistan»

<http://www.netzeitung.de/deutschland/interviews/803173.html>

Amnesty wirft Afghanistan Folter vor

<http://www.netzeitung.de/politik/ausland/807710.html>

Opposition hält Anti-Terror-Krieg für unzeitgemäß

<http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/803751.html>

Bundeswehr in Afghanistan an Mandatsgrenze

<http://www.netzeitung.de/spezial/kampfgegenterror/803534.html>

Gouverneur sieht sich von Nato verlassen

<http://www.netzeitung.de/spezial/kampfgegenterror/801552.html>

Alle Rechte © 2008 NZ Netzeitung GmbH